

22/BI XXIV. GP

Eingebracht am 15.04.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative



Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

**BürgerInneninitiative Pflegekammer
Antrag an den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen der XXIV.
Gesetzgebungsperiode**

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer,

Wien, 15. April 2010

Auf Initiative der Österreichischen Pflegekonferenz (ÖPK) unterschrieben im Zeitraum von November 2009 bis März 2010 rund 17.500 Menschen die BürgerInneninitiative zur Gründung einer Pflegekammer. Damit haben diese Personen zum Ausdruck gebracht, wie wichtig ihnen eine kompetente, gesetzlich legitimierte berufspolitische Vertretung der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe ist.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion wird die Brisanz folgender Punkte immer deutlicher: die demografische Entwicklung, Zunahme chronischer Erkrankungen und hochbetagter Mitmenschen sowie die Begleitung von Schwerkranken und Sterbenden aller Altersgruppen. Derzeit werden Entwicklungen des Gesundheits- und Sozialsystems mit nur unzureichender Einbindung der Expertise der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe behandelt, oftmals von anderen Gesundheitsberufen vereinnahmt oder überhaupt vergessen.

Dabei sind die Leistungen der größten Berufsgruppen im Gesundheits- und Sozialwesen in den verschiedensten Bereichen evident. In erster Linie sind dies Themen der Volksgesundheit, der zielgerechte Einsatz von Sozialleistungen, volkswirtschaftliche Aspekte, des Bildungswesens und der Arbeitswelt.

Ohne Zweifel nehmen die Arbeiterkammer (AK) und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) wesentliche Aufgaben im ArbeitnehmerInnenschutz und Arbeitsrecht wahr. Gleichzeitig besteht ein Defizit in der Analyse und den daraus resultierenden hochnotwendigen Entwicklung von pflegerelevanten Konzepten und Strategien für die Versorgungsqualität der Menschen.

Die systemtragende Position der Pflegeberufe im Gesundheits- und Sozialbereich gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Bündelung der Kompetenzen und des Wissens der Fachpflege mit einer dementsprechenden berufspolitischen Verankerung in Form einer gesetzlich legitimierten Standesvertretung ist daher unabdingbar.

Die abgegebenen Unterschriften sind ein eindrucksvolles Signal und gleichzeitig eine Aufforderung an die Politik, eine gesetzlich legitimierte Ständevertretung der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe zu schaffen. Dies wäre ein bahnbrechender Schritt die pflegerelevante Versorgung der Menschen in Österreich sicherzustellen.

Mit der Bitte um positive Erledigung,

Ursula Frohner
ÖGKV Präsidentin
Vorsitzende Österreichische Pflegekonferenz

Franz Allmer
BoeGK Präsident

Berufsverband österreichischer Gesundheits- und Krankenpflegeberufe - BoeGK

BÜRGERINITIATIVE betreffend

Gründung einer Kammer für die Gesundheits- und Krankenpflegeberufe

Seitens der Einbringer wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Gesundheits- und Krankenpflege Gesetz - GuKG 1997**ANLIEGEN**

Die **Mitglieder der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe in Österreich** fordern den Nationalrat auf, eine **Pflegekammer für die Gesundheits- und Krankenpflegeberufe zu gründen**.

Die Pflege und pflegetherapeutische Betreuung wird vom Gehobenen Dienst für Gesundheits und Krankenpflege sowie den Pflegehilfen 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche und 365 Tage im Jahr durchgeführt. In Anbetracht der demographischen und epidemiologischen Entwicklungen wird der Bedarf an Pflege weiter zunehmen.

Die Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen entsprechen bei weitem nicht den Leistungen, die Pflegenden in diesen Bereichen erbringen. Wir fordern daher die **Gründung einer Pflegekammer** und deren **Festschreibung im GuKG!** In Österreich sind etwa 65.000 Pflegenden in intra- und extramuralen Einrichtungen sowie freiberuflich tätig und leisten für die Bevölkerung Österreichs die Versorgung mit professioneller Pflege. Eine Pflegekammer stellt die Vertretung der größten Berufsgruppe im Gesundheits- und Sozialwesen auf eine rechtlich verbindliche Basis. Forderungen und Ziele der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe werden durch die Pflegekammer von Angehörigen der beiden Berufsgruppen aufgegriffen, vorbereitet und einer weiteren Bearbeitung durch die zuständigen PolitikerInnen bzw. Behörden zugeführt.

Zentrale, zu bearbeitende Themen sind unter Anderem:

- die Qualität der pflegerischen Leistungen durch wissenschaftlich entwickelte Mindeststandards sicherstellen
- eine adäquate Personalbedarfsberechnung auf nationaler Ebene festlegen - Personalausstattung entsprechend den spezifischen Aufgaben und den notwendigen Qualifikationen
- die Pflegeberufe mit ihren Kernaufgaben im multiprofessionellen Zusammenspiel der Gesundheitsdienstleister positionieren
- die Registrierung der Mitglieder der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe
- eine adäquate Entlohnung entsprechend dem Verantwortungsbereich und der Qualifikation
- die adäquate und zeitgemäße Ausstattung mit Pflegehilfsmitteln und deren Bereitstellung
- adäquate Arbeitsbedingungen ohne berufsfremde Tätigkeiten

Bitte unterstützen Sie die Bürgerinitiative zur Gründung einer Pflegekammer mit Ihrer **einmaligen Unterschrift** und leiten Sie die Unterschriftenlisten **an alle Interessierten** weiter. Unterschriftsberechtigt sind alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Weiterführende Informationen sowie Unterschriftenformulare finden Sie auf der Homepage des BoeGK: www.boegk.at! Die angegebenen persönlichen Daten werden nur zur Vorlage an den Nationalrat verwendet. Die unterzeichneten Unterstützungserklärungen senden Sie bitte **bis 31.01.2010** an den BoeGK, 1095 Wien, Postfach 67